

Politischer Zerfall in Ceylon

Autor(en): **Schüler, Alfred**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **41 (1961-1962)**

Heft 3

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-161219>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Politischer Zerfall in Ceylon

ALFRED SCHÜLER

«Glaubt nicht, daß Ihr oder irgendeiner der Tamilen sicher seid. Wir haben genügend Benzin, um aus Euch allen lebendige Fackeln und aus den Häusern der Tamilen Denkmäler zu machen; die Moslems können später drankommen. . . Wir haben die Priester hinter uns, und jeder Tempel wird sich hinter uns stellen, falls Ihr Gewalt gegen uns anwenden solltet. Von uns mögen einige sterben, aber von Euch werden viele rascher sterben, und zwar auf eine Weise, die es Euch bedauern lassen wird, daß Ihr gelebt habt. . . Seid gewarnt. Der Tod ist auf Eurer Türschwelle. Handelt jetzt und schließt Euch unserem Kampf zur Befreiung von den Tamilen und anderen Fremden, wie den Moslems, den Burghern an, die alle in die nördlichen und östlichen Provinzen ziehen können, wenn sie in Sri Lanka (in Ceylon) bleiben wollen. . . Unsere heiligen Stätten wie Anuradhapura und Polonnaruwa und unsere wichtigeren Städte wie Colombo, Kandy und Galle müssen hundertprozentig singhalesisch gemacht werden; keinem Ausländer oder Nicht-Buddhisten darf erlaubt werden, in unserer Mitte zu leben und uns zu korrumpieren. . . »

Diese Drohungen, in einem Pamphlet enthalten, das im Mai und Juni 1958 von den singhalesischen Nationalisten verschickt wurde, waren nicht nur in den Wind gefaucht worden. In diesen zwei blutigen Monaten wurde die Koexistenz der ceylonesischen Bevölkerungsgruppen erschüttert, das Nebeneinanderleben der singhalesisch-buddhistischen Mehrheit und der tamilisch-hinduistischen Minderheit, die durch Religion, Sprache, Tradition getrennt werden. Im singhalesischen Süden wurden Tamilen mit Messern zerhackt oder mit Keulen (in einzelnen Fällen durch Grammophonnadeln wirksamer gemacht) erschlagen oder mit Benzin übergossen und verbrannt. Den Sarong, das rockartige singhalesische Nationalkostüm, hochgezogen und Obszönitäten schreiend, streunten die «Goondas», die Rowdies, rudelweise durch die Straßen und bewarfen Tamilen mit Molotow-Cocktails. Im tamilischen Osten wiederum wurden Singhalesen in ihren Fischerbooten aufs Meer gehetzt und nicht wieder gesehen. Dabei hatte ein Funke genügt, die Explosion unter den 10 Millionen Ceylonesen auszulösen: die Nachricht, daß 400 Tamilen, die nach der Auflösung des britischen Stützpunktes in Trincomalee arbeitslos waren, umgesiedelt werden würden. In Polonnaruwa wurden in einer einzigen Nacht einige Dutzend Tamilen umgebracht (70 nach offiziellen, 130 nach inoffiziellen Angaben), als das

Gerücht die Runde machte, von Nord-Ceylon her marschiere «eine tamilische Invasionsarmee» gegen die alte Stadt der singhalesischen Könige. Dieses Gerücht verblendete die Kopflosen, und der Rassenwahn brach aus. Im Repräsentantenhaus rief der singhalesische Abgeordnete Sagara Palansuriya: «Die Singhalesen schweben in der Gefahr, von den Tamilen liquidiert zu werden.» Sofort erteilte ein anderer singhalesischer Abgeordneter den Rat: «Vernichtet sie!»

«Operation Showdown» vorbereitet

Die Erinnerung an das Gemetzel von 1958, das seinerzeit den Blicken der Weltöffentlichkeit durch eine rigorose Pressezensur weitgehend entzogen werden konnte, ist in Ceylon hellwach. Und nachdem am 17. April zum dritten Male innerhalb von drei Jahren der Ausnahmezustand verhängt werden mußte, wird gefürchtet, daß sich die Ausschreitungen wiederholen können. Die Befürchtung ist nicht unbegründet. Seit 1956 ist der Nationalismus fiebriger geworden, und er ist gleichzeitig «legalisiert» worden. Während nämlich im Sommer 1958 der damalige Premierminister *S. W. R. D. Bandaranaike* noch zögerte, zauderte und, wenn auch spät, sogar einige Salven auf den singhalesischen Mob feuern ließ, reiten seine 43jährige Witwe *Sirimavo Bandaranaike* und ihr Kabinett auf dem «Tiger», der vom singhalesischen Nationalismus, militanten Buddhismus und einer eigenartigen Existenzangst der Mehrheit lebt. Diesmal scheint eine singhalesisch-buddhistische Regierung entschlossen, gegen die Tamilen durchzugreifen. Wie ein Omen klingt es, daß die Pläne, die für den Fall eines Generalstreiks der Tamilen vorbereitet sind, unter dem Decknamen «Operation Showdown» laufen. Und die tamilische Minderheit wiederum, die keinen verfassungsrechtlichen Schutz hat, versteift den Widerstand, weil sie ahnt, daß diesmal eine «Endlösung» in dem seit zwei Jahrtausenden schwelenden Konflikt zwischen Tamilen und Singhalesen erzwungen werden könnte.

Der beschleunigte politische Zerfall in Ceylon wirft zwei Fragen auf: Erlebt Ceylon, das als «friedlicher Teegarten», als «asiatische Schweiz» gerühmt worden ist, das schon 1931, als erstes asiatisches Land, das allgemeine Wahlrecht erhalten hatte, das seitdem alles Demokratische assimiliert zu haben schien, das von den Briten als ein für westliche Zivilisation empfängliches Land angesehen wurde, und das gelegentlich, bei einem Guildhall-Bankett in London, von einem ceylonesischen High Commissioner als «kleines Stückchen England» hingestellt worden ist — erlebt diese vorbildliche Demokratie nur verspätet eine «nationale Revolution»? Oder ist das Zerbröckeln der europäischen Kruste sozusagen ein modellartiger Prozeß?

Existenzangst einer Mehrheit

Wurzel des Konfliktes ist der Umstand, daß die ceylonesischen und indischen Tamilen (22 Prozent der Gesamtbevölkerung) hart und fleißig arbeiten, sei es auf den Tee- und Gummipflanzungen der Europäer, sei es an den Schreibtischen der öffentlichen Verwaltung, während die Singhalesen (70 Prozent der Gesamtbevölkerung) — in der diplomatischen Formulierung, die das Komitee der «International Bank for Reconstruction and Development» in seinem 1953 veröffentlichten, grundlegenden Bericht «The Economic Development of Ceylon» gefunden hat — «nicht zu harter Arbeit neigen», sondern «ein gemäßigtes Tempo mit einem Minimum an physischer Anstrengung» vorziehen. Und ein Besuch in singhalesischen Dörfern, in einem poveren, lethargischen Schlaraffenland, in dem schon ein Stück Land mit Kokosnußpalmen, die keine Pflege verlangen, die nur geerntet werden müssen, seinem Besitzer ein Auskommen verschafft, läßt zumindest ahnen, weshalb die energischeren Singhalesen den verbreiteten «Kokosnuß-Lebensstil» für verderblich halten. Für die Arbeit auf den Pflanzungen wurden von den Engländern Tamilen aus Südindien herübergeholt, und Tamilen, die in den Schulen besser abschneiden, sitzen in der öffentlichen Verwaltung, die in Ceylon noch immer der größte Arbeitgeber ist. So wucherten die Ressentiments gegen die «besseren», «bevorzugten» Tamilen, die mit der Zeit gleichsam als ein Restbestand aus der kolonialen Vergangenheit angesehen wurden. Vor allem die Mittelstandsschicht meldete einen historischen Führungsanspruch der Singhalesen an. Sie griff auf vorkoloniale, indes nicht mehr lebendige Traditionen und Werte zurück, auf eine singhalesische Kultur, die vom vierten bis neunten Jahrhundert geblüht hatte und die nicht erst durch die koloniale Überfremdung verschüttet worden ist. («The Sinhalese have no culture, they have only agriculture», höhnte mein Begleiter, ein Burgher, ein Nachkomme der holländischen Einwanderer, der seine katholische Konfession zur Schau stellen mußte, indem er in einem Restaurant auf ein Fischgericht bestand, weil es Freitag war.) Es gehört vielleicht zur List der Vernunft, daß just die wirtschaftliche Erschließung der Insel, und zwar die Beseitigung der «trockenen Zone», die bislang Tamilen und Singhalesen isoliert und voreinander geschützt hatte, die Reibungen intensiviert hat.

Die Angst (oder ein Minderwertigkeitsgefühl) der singhalesischen Mehrheit ist seit 1956 in der Sprache der Politik kompensiert worden. Der kulturelle Nationalismus drang in die Parteipolitik ein, als S. W. R. D. Bandaranaike, ein in Oxford erzogener Christ, der zum Buddhismus übergetreten war — «ich bin nicht nur Premierminister, ich bin ein buddhistischer Premierminister» —, 1956 mit dem gefährlichen Versprechen in den Wahlkampf zog, daß er am Tage nach dem Wahlsiege das Singhalesische zur offiziellen Landessprache erheben werde. «Sinhalese only and to-morrow.» Die Bhikkus, die buddhisti-

schen Mönche in orangefarbener Robe und mit einem schwarzen Sonnenschirm überm kahlgeschorenen Kopf, politisch im «Eksath Bhikku Peramuna» organisiert, unterstützten Bandaranaikes «Sri Lanka Freedom Party». 12 000 buddhistische Priester waren auf dem Lande, wo ihr Wort heilig ist, billige und wirksame Wahlkampfshelfer. Die Bandaranaike-Regierung förderte dann die singhalesisch-buddhistische Kultur. Die zwei «Pirivenas», Schulen für Bhikkus oder, wie spitze Zungen sagen, für politische Funktionäre, wurden als Universitäten anerkannt. Der Einfluß der politisierenden Bhikkus in «Temple Tree», dem Amtssitz des Premierministers, verstärkte sich. In den Krisenmonaten des Jahres 1958 hatte jedoch die Bandaranaike-Regierung sich nicht eindeutig auf die Seite der singhalesischen Nationalisten gestellt; danach regierte Bandaranaike fast nur noch mit Vollmachtengesetzgebung. Und schließlich wurde der «buddhistische Premierminister» das Opfer der Geister, die er gerufen hatte: ein Bhikku, *Somarama Thero*, erschoss den Premierminister. Nach der Mordtat verließen die Bhikkus einige Tage lang ihre Tempel wohlweislich nicht. Inzwischen sind in dem dreimonatigen, langwierigen Prozeß der Mörder und seine Anstifter als Ausnahmefälle, als machthungrige Bhikkus, hingestellt worden. Und wenn man abends im Gelände des mit Fackeln erleuchteten großen Kelaniya-Tempels steht, in dem der Anstifter zur Mordtat, *Buddharakkita Thero*, Oberpriester gewesen war, und wenn dann der ceylonische Begleiter im Flüsterton erzählt, dort, in einem weißgetünchten Wohnquartier für 40 Bhikkus, hätten die Mörder einen Spirituosenkeller gehabt, und dort, in dem dunklen Gebüsch, hätten sie mit der Schußwaffe trainiert, dann erscheint die undurchsichtige politisch-religiöse Allianz, die Somarama Theros Kugeln überlebt hat, in einem gespenstischen Licht: Wie wenn der Chauvinismus geheiligt worden wäre.

Die buddhistische Linke ist nicht heimatlos

«Alle kulturellen und nationalen Probleme sind gelöst», behauptete *Bambarrande Sivali Thero*, neben zwei Telefonen und hinter einem Managertisch sitzend, der einflußreichste unter den politisierenden Mönchen, den ich in der Vidyalankara-Universität traf, in der er, Ordinarius für buddhistische Kultur, zur Zeit Dekan der buddhistischen Fakultät ist. Auf meine Frage, ob das Politisieren der Bhikkus nicht fragwürdig sei, meinte Sivali Thero: «Die Bhikkus sind die Stimme des Volkes.» Und diese Volksstimme neigt nach links. Unter Sivali Theros Mönchskutte verbirgt sich ein ausgezeichnet informierter Politiker mit Fingerspitzengefühl, der in Ceylon eine unantastbare Autorität genießt. Noch zu Lebzeiten Bandaranaikes rechtfertigte er öffentlich die politischen Eingriffe der Bhikkus mit dem Argument, daß die Mönche, die schließlich die Minister gemacht hätten, auch für deren Taten verantwortlich seien. Als ein namhafter

Politiker es wagte, Sivali Theros Rolle als «graue Eminenz» zu kritisieren, schlug der wohlbeleibte Bhikku mit einer Presseerklärung zurück: «Wer einen buddhistischen Mönch verflucht, verflucht sich selbst.»

Sivali Thero, der über den Amtssitz des Premierministers unauffällig steuernd die Kulturpolitik beeinflußt hat, schiebt dem Buddhismus eine Interpretation unter, die den Religionswissenschaftlern in Mitteleuropa merkwürdig vorkommen würde. «Die Buddhisten sind die ersten gewesen, die ein besonderes System der Sozialisierung des Eigentums eingeführt haben», hat Sivali Thero geschrieben. «Sie verdammen die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Ihr Ziel ist es, daß eine gerechte Wirtschaftsordnung gefunden wird.» Sivali Thero, der sich seit Jahrzehnten für die «Aufforstung» der singhalesischen Kultur eingesetzt hat, die, wie er meint, nur wegen der Vernachlässigung durch die britische Kolonialmacht schütter sei, trieb den singhalesischen Nationalismus so weit, daß er sich vor einigen Jahren ernsthaft dafür einsetzte, der Regierungssitz sollte von Colombo nach Kandy verlegt werden — ein Vorschlag, daß die Schweizer ihre Bundesverwaltung von Bern nach Küßnacht verlegen sollten, könnte nicht phantastischer sein.

Weshalb ist der ermordete Premierminister eigentlich Buddhist geworden? Sivali Theros Antwort war zynisch: «Er sah einmal das große Trauergefolge hinter einem buddhistischen Leichenwagen und sagte sich, so viele Menschen würden einem christlichen Leichenwagen nicht folgen.» Die Bhikkus, so scheint es, rechneten mit Bandaranaikes Opportunismus.

Staatschule und Sprachdiktatur

Gelöst sind, nach Sivali Thero, die Probleme «Schule» und «Sprache». Als die Regierung am 1. Dezember 1960 die Übernahme der bis dahin staatlich subventionierten Privatschulen verwirklichte (es handelte sich um 2631 Schulen) und damit ein weiteres «koloniales Überbleibsel» liquidierte, drangen die erbosten Eltern in die Schulgebäude ein und ließen sich dort, von Stacheldraht umringt, zu einem Sitzstreik nieder. Am 18. Januar jedoch, nachdem Kardinal *Gracias* von Bombay in Colombo gewesen war, traten die Katholiken unerwartet einen vollständigen Rückzug an. Es hieß, Kardinal *Gracias* habe privat die Zusicherung erhalten, daß den Katholiken wenigstens einige Sitze in den staatlichen Schulverwaltungsgremien zugeteilt werden würden. In Colombo ist wiederum zu hören, daß diese Zusicherung nicht eingehalten werden wird. Die katholische Kirche hat dieses Gefecht verloren. Ihr plötzliches Umschwenken in der Schulpolitik von einem zunächst harten auf einen weichen Kurs sei «dumm» gewesen, meint Sivali Thero, denn er weiß, daß die katholische Minderheit eine Stellung hält, die sich nicht verteidigen läßt: Streiken die Eltern, dann werden die Kinder keine Schulzeugnisse erhalten, und dann werden in

den ländlichen Gebieten die wenigen, verstreut lebenden Katholiken den Sanktionen der buddhistischen Mehrheiten ausgeliefert sein.

Als noch explosiver hat sich das Sprachenproblem erwiesen. Zu den neuerlichen Ausschreitungen kam es, nachdem am 1. Januar 1961 Singhalesisch die offizielle Landessprache geworden war; diesen Schritt hatte Bandaranaike seinerzeit versprochen, aber nicht zu vollziehen gewagt. Auch in den Tamilengebieten werden nun Gerichtsverhandlungen und Regierungsgeschäfte in Singhalesisch abgewickelt. Der vernünftige Kompromißvorschlag, daß Singhalesisch nur Amtssprache sein und in den Gebieten der Tamilen eine Zweisprachigkeit erlaubt werden sollte, ist nicht berücksichtigt worden. Die rigorose Sprachdiktatur hat zu Härten geführt. Für die Tamilen ist Singhalesisch eine Fremdsprache. Nicht einmal alle Singhalesen lesen und schreiben die offizielle Landessprache, beispielsweise die singhalesische Mittelklasse nicht, die in englisch-katholischen Schulen erzogen worden ist. Im Repräsentantenhaus kann man im Sitzungssaal und auf der Galerie mit Kopfhörern den simultanübersetzten Debatten folgen, und manche europäischen Geschäftsleute in Colombo, die in Englisch an die Regierungsstellen schreiben und die Antwort in Singhalesisch erhalten, brauchen jetzt Übersetzer.

Trotzdem in Jaffna die Tamilen 60 Tage lang einen passiven Widerstand organisierten, trotzdem sie sich vor die Eingänge zu den Regierungsgebäuden legten, den Beamten den Zutritt versperrten, trotzdem dieser Widerstand gegen die Sprachpolitik nur mit der Verhängung des Ausnahmezustandes vorübergehend gebrochen werden konnte, meinte Sivali Thero, daß die kulturellen Probleme gelöst seien! Jetzt werde sich die Regierung um die Wirtschaftspolitik zu kümmern haben; die Bhikkus unterstützten die wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Regierung.

«National» und «sozialistisch»

Seit ihrem Amtsantritt, im Juli 1960, hat Frau Bandaranaikes Regierung eine Wirtschaftspolitik betrieben, die das ausländische Investitionskapital nachdenklich stimmen muß und die in der europäischen Geschäftswelt in Colombo den Pessimismus rapide anwachsen ließ. (Während 1953 noch 7000 Europäer in Ceylon gezählt wurden, sollen es jetzt nur noch 3000 sein.) Ceylon, das eine wohlfundierte Plantagenwirtschaft hat, hat seit 1956 einen defizitären Staatshaushalt; seine Sterling-Guthaben sind in vier Jahren um die Hälfte geschrumpft. Wie allgemein zugegeben wird, hat die Wirtschaftshilfe, die Ceylon erhalten hat — allein im Rahmen des Colombo-Planes 450 Millionen Rupien —, einen Erfolg im Verhältnis zum Aufwand nicht gehabt; vor allem deshalb, weil eine Entwicklungsplanung fehlte. (Es wurden, beispielsweise, zwei Zuckerraffinerien gebaut, obschon es in Ceylon nicht genügend Zuckerrohr gibt, um deren Kapazität auszunützen.) Erstmals im (defizitären) Budget für das

Rechnungsjahr 1960/61 sind namhafte Beträge für den 1959 aufgestellten Zehnjahresplan vorgesehen worden.

Die Planlosigkeit erschwert das Geschäftsleben in Ceylon. Es kommt vor, daß Einfuhrzölle von einem Tag auf den anderen um 50 Prozent heraufgesetzt werden. Die Devisenkontrolle ist theoretisch strikt; in der Praxis ist Colombo heutzutage eine Art Tanger. (Selbst in und um Amtsstellen schwärmen die Devisenhändler herum.) Die Einfuhrbeschränkungen haben sich vermehrt, aber es fehlt die notwendige Preiskontrolle. Das Steuersystem ist labyrinthisch — es gibt beispielsweise eine Ausgabensteuer, die zu entrichten hat, wer sein Nettoeinkommen über eine bestimmte Freigrenze hinaus verbraucht hat —, aber die Korruption scheint noch nicht völlig eingedämmt worden zu sein.

Im Kabinett sind sehr verschiedenartige Richtungen vertreten. «Wir sind national, und wir sind sozialistisch», antwortete der Finanzminister *Felix Dias Bandaranaike*, der 31jährige Neffe der Premierministerin, der als «stärkster Mann» in der Regierung angesehen wird, auf meine Frage, wie sich die Richtung der Regierungspartei, der SLFP, umschreiben lasse. Und dieser betrieb-same, selbstbewußte Rechtsanwalt, der ohne jegliche Erfahrung auf seinen Posten gelangt ist, auf dem er nicht nur das Finanzministerium leitet, sondern auch im Repräsentantenhaus, als Sprecher seiner Tante, für Auswärtiges und Verteidigungsfragen zuständig ist, hielt den Nachsatz für erforderlich: «Aber wir sind keine Nationalsozialisten.» Felix Dias Bandaranaike, der von seiner Tante gestützt wird, aber auch ihre verlässlichste Stütze ist, ist in Ceylon erzogen und ausgebildet worden. Er hat seinen Londoner Universitätsgrad in einem Fernkurs erworben. Er ist nicht anglisiert, er ist, für die singhalesischen Nationalisten, «einer der unsrigen». Das ist ein Guthaben, das die anderen singhalesischen Politiker nicht haben; selbst der Kommunistenchef *Peter Keunemann* nicht, ein Burgher, der in Cambridge studiert hat und mit einer Engländerin verheiratet ist.

Während der «rein-singhalesische» Felix Dias Bandaranaike vielleicht ein Linksliberaler ist, ist der 47jährige Handelsminister *Tikire Banda Ilangaratne* ein Marxist. Die Sentenzen dieses früheren Angestellten in der Einkommenssteuerbehörde sind eindeutig: «Wir müssen den Kapitalismus zusammenschlagen, wo immer wir ihn treffen.» Oder: «Volksfeinde sind 1. die Erdölgesellschaften, 2. die Handelskammer, 3. die Vereinigung der Plantagenbesitzer, 4. die Katholische Aktion.» Das neue Kabinett sei eine «Armeleuteregierung», und die Regierungspartei sei eine «demokratische Marxistenpartei».

Robin Hood unter Palmen

Von der Linken, der trotzkistischen wie der kommunistischen, mit denen die SLFP im letzten Wahlkampf sich verbündet hatte, werden alle fortschritt-

lichen Maßnahmen der Regierung unterstützt. Zu diesen fortschrittlichen Maßnahmen gehören: Verstaatlichung der Lebensversicherungen und teilweise auch der Rückversicherungen. Den beiden führenden privaten Zeitungskonzernen droht die Umwandlung in Körperschaften des öffentlichen Rechts. Während die «Times»-Gruppe, für die auch der Hamburger Verleger Axel Springer einmal interessiert werden sollte, sich in einer finanziellen Lage befinden soll, in der die Übernahme durch den Staat nicht ungelegen käme, haben die Direktoren der «Lake House»-Gruppe ihren Redaktoren die Anweisung erteilt, die Kritik an der Regierung einzustellen. Seither unterstützt die «Lake House»-Presse den staatssozialistischen Kurs. Das Kuschen hat indes nichts genützt. Mitte Mai hat die Regierung einen Gesetzesentwurf über die ceylonische Presse veröffentlicht, der die schlimmsten Befürchtungen bestätigt: Für «die allgemeine Beaufsichtigung und Kontrolle» der Presse soll ein fünfköpfiger, von der Regierung ernannter «Presserat» zuständig sein, der «den nationalen Charakter der Zeitungen» wahren soll und befugt sein wird, Papier zuzuweisen, Preise festzusetzen, Verleger zu lizensieren, die Inseratenmenge zu bewilligen, «untragbare Angestellte» der Zeitungen zu entlassen, in die Akten jedes Verlages, jeder Redaktion Einsicht zu nehmen. Kurz: Die Presse soll nicht verstaatlicht werden; die Verleger sollen das finanzielle Risiko tragen, das sie mit der Herausgabe mundtot gemachter Publikationen eingehen. «Wenn dieses Gesetz verabschiedet wird, dann endet die Meinungsfreiheit in Ceylon», kommentierte die Londoner «Times», an das Minimum an Liberalität erinnernd, das von Mitgliedern der sogenannten «britischen Völkerfamilie» erwartet werden sollte. «Ohne Pressefreiheit sind alle anderen Freiheiten schutzlos.» Allerdings, auch bei der umstrittenen «Petrol Bill», einem Gesetz, das die Verstaatlichung der Anlagen und Pipelines der anglo-amerikanischen Gesellschaften vorsieht, hat sich die Regierung durch heftige Kritik aus dem Ausland und dem Commonwealth nicht zu einem nochmaligen Nachdenken bewegen lassen. Die «Petrol Bill» ist anfangs Mai vom Repräsentantenhaus in dritter Lesung verabschiedet worden, obschon Washington und London gewarnt und protestiert und Sprecher der betroffenen Firmen geurteilt hatten, daß Ceylon damit den Weg Fidel Castros einschlage.

Alle diese Maßnahmen scheinen von einem «Robin Hood unter Palmen» erdacht worden zu sein, der «wealth» nicht schafft, sondern verteilt. In Gesprächen mit oppositionellen Politikern erhält man auf die Frage, ob die Regierung nicht berücksichtige, daß ihre Wirtschaftspolitik den ausländischen Investitionseifer kaum anregen könne, die Antwort, daß diese Regierung nicht wisse, was sie tue; sie sei ahnungslos. Vielleicht ist es damit auch zu erklären, daß in den letzten Jahren die Sowjetunion, Rotchina und die Tschechoslowakei ihre diplomatische, wirtschaftliche und kulturelle Aktivität in Ceylon intensivieren konnten. Das Reis-Gummi-Abkommen mit Rotchina ist 1952 von der englandfreundlichen, linkskonservativen «United National Party» abgeschlos-

sen worden, zu einer Zeit, als ausgerechnet Moskau sich der Aufnahme Ceylons in die Vereinten Nationen widersetzte. 1958 hat Moskau einen Kredit — und nicht etwa ein «Geschenk» — von 142 Millionen Rupien bewilligt, der propagandistisch ausgeschlachtet worden ist. Zu größeren Investitionen des Ostblockes ist es bisher nicht gekommen; dafür sind zahlreiche sowjetische Sachverständigengruppen in Ceylon eingetroffen. Seit einiger Zeit steht die Unterzeichnung eines sowjetisch-ceylonesischen Abkommens über den Bau eines Stahlwerkes bevor: wie in allen Ländern des Subkontinents erfüllt auch in Ceylon eine Walzstraße, das erste Kapitel zu einer eigenen Schwerindustrie, einen Traum — obwohl der «friedliche Teegarten» sowohl die Kohle wie die Eisenerze für ein Stahlwerk importieren müßte.

Die Gefahr in der Ferne

In einer weiteren Perspektive gesehen, wird der Nervositätsgrad der singhalesisch-buddhistischen Mehrheit durch den Stand der separatistischen Bewegung in Südindien beeinflußt werden. Es sind nämlich nicht nur die 2 Millionen in Ceylon lebenden Tamilen, die die Singhalesen zu irrationalen Reaktionen treiben. Es ist auch der Gedanke an 40 Millionen Tamilen in Südindien, von deren Politikern ein eigener südindischer Staat, ein «Tamil Nad», propagiert wird, der, falls er jemals aus der Indischen Union herausgebrochen werden kann, expansive Tendenzen nach Süden haben könnte.

Es trägt nicht zur Beruhigung der Singhalesen bei, wenn, wie es in den vergangenen Wochen geschehen ist, in Madras öffentlich gefordert wird, daß Delhi indische Truppen entsenden soll, um den Tamilen in Ceylon zu helfen. Die separatistische Bewegung in Südindien ist zwar noch nicht ernst zu nehmen, obschon die «Dravida Munnatra Kazhagam» («Dravidische Fortschritts-Vereinigung») in den letzten zwei Jahren beträchtlich an Einfluß gewonnen hat, obschon in den Dörfern Südindiens die DMK-Wimpel hängen, obschon die Organisation dieser Bewegung, die gegen «die überfremdenden Brahmanen» kämpft, teilweise straffer ist als die der Kongreßpartei. Sollte indessen der Separatismus in Südindien, der eine jener «zentrifugalen Kräfte» ist, von denen Indiens Einheit in einer Krisensituation ernsthaft belastet werden würde, jemals ernstgenommen werden müssen, so wäre zu erwarten, daß die singhalesische Politik unberechenbar werden würde, Hilfe von jeder Seite annehmen würde. Schließlich kann nicht vergessen werden, daß die Portugiesen im Jahre 1505 in Ceylon Fuß fassen konnten, weil sie von König Vira Parakrama Bahu VIII. eingeladen worden waren, die Singhalesen vor den Tamilen zu schützen.